

SED-Spitze bremst Stasi

Funktionäre der SED haben in der Leipziger Ausreiser-Szene gezielt gestreut, daß es zwischen den Genossen der dortigen Bezirksleitung um den Ersten Sekretär Horst Schumann und den Altstalinisten im Sicherheitsapparat der Partei erhebliche Spannungen gibt. Schumann, der sich um die Reputation der Messestadt sorgt, geht mit Regimekritikern, kirchlichen Menschenrechts- und Friedensgruppen sowie mit Ausreisern seit längerem weit pfleglicher um, als die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) fordert. Er weiß sich dabei von SED-Chef Erich Honecker in Ost-Berlin gedeckt.

Als die Stasi bei einer Demonstration von 800 Leuten am 15. Januar dieses Jahres, dem Gedenktag der SED für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, 160 Teilnehmer erst mal festnahm, sorgte Schumann nicht nur für deren baldige Freilassung. Er setzte, nach Rücksprache mit Honecker, auch die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen angebliche Rädelsführer durch.

Toleranz hatte der SED-Bezirksleiter schon im vergangenen Herbst geübt. Als sich am 9. November nach einem Friedensgebet in der Nikolai-kirche zum Gedenken an die Reichsprogromnacht 1938 ein Zug zum Ge-

denkstein am Standort der ehemaligen Synagoge formierte, machte die Vopo die Straße für den nicht genehmigten Schweigemarsch frei.

Besonders eindrucksvoll wurde die maßvolle Haltung des Leipziger Bezirkssekretärs am vergangenen Montag dokumentiert. Da brauchte die Stasi eine Stunde, um das Protestspektakel von rund 600 ausreisewilligen Menschen in der Messestadt zu beenden – nicht zuletzt dank der Leipziger Vopo. Die uniformierten Beamten bremsten nicht nur die handfeste Einsatzfreude der MfS-Leute gegen Demonstranten, sie versuchten sogar, westliche Kamerteams vor Stasi-Tritten zu schützen.

Ob die moderate Art des Genossen Schumann dazu beiträgt, die Zahl der Ausreisanträge zu senken, weiß die SED allein. Doch die weigerte sich bislang beharrlich, exakte Zahlen über jene Bürger herauszurücken, die unter ihrem Regime nicht länger leben wollen. Die Spekulationen klaffen weit auseinander – von 1,5 Millionen, die der Bundesnachrichtendienst in Pullach verbreitet, und „weniger als 100 000“, Angehörige inklusive, die ostdeutsche Kirchenmänner derzeit hochrechnen, nachdem die DDR-Behörden zugesichert hätten, bis Ende April würden 30 000 Fälle positiv erledigt.



Demonstration in Leipzig, Vopos



Eindeichungsarbeiten in der Nordstrander

EG-Evakuierung

Die Brüsseler EG-Kommission erwägt dramatische „Anpassungsmaßnahmen“, um Europa vor den Folgen der drohenden Klimakatastrophe und dem erwarteten Anstieg der Meeresspiegel zu schützen. In einem internen Kommissionspapier wird empfohlen, sich bis Mitte des nächsten Jahrhunderts unter anderem auf die „Evakuierung entwickelter Regionen in tiefliegenden Gebieten“, den Bau von „Seedeichen/Flutdämmen“ und Wasserreservoirs einzurichten. Zusätzlich wird den EG-Umweltministern geraten, auf ihrer Ratssitzung im Juni Vorschläge zur „Vermeidung bzw. Reduzierung der Emission von Treibhausgasen“ zu entwickeln und „Prioritäten“ für Maßnahmen zum „Schutz der Menschen“ festzulegen. Konkrete Empfehlungen zur Verhinderung der Klimakatastrophe, etwa die Eindämmung der besonders belastenden Kohlendioxide, werden in dem Kommissionspapier nicht gemacht.

FDP gegen Engelhard

Das kommunale Wahlrecht für Ausländer entzweit die FDP-Führung. Gegen den Widerstand seiner Parteikollegen im Bundeskabinett möchte FDP-Justizminister Hans Engelhard aus „grundsätzlichen Erwägungen“ einer Klage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beitreten, die gegen das entsprechende Wahlgesetz der sozialliberalen Koalition in Hamburg das Bundesverfassungsgericht anrufen will. Im FDP-Bundesvorstand wurde daraufhin am vergangenen Montag beantragt, allen liberalen Ministern eine Zustimmung zu dem Unionsunternehmen zu verbieten. Die FDP-Minister, so Burkhard Hirsch, könnten nicht „gegen die eigenen Parteifreunde klagen“. Als sich eine Mehrheit abzeichnete, bat der Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff, den Antrag zurückzuzie-